

Öffentliche Haushalte in der Finanzkrise:

Der Bundeshaushalt 2012 und die Entwicklung seiner Risiken

Von Sebastian Niedermeier

Die Bayerische Gemeindezeitung hat erstmals am 09.06.2010 meine Untersuchungen zum Bundeshaushalt 2010, dem Bayerischen Staatshaushalt 2010, dem Bezirkshaushalt Oberbayern 2010 und den Kreishaushalt Fürstentfeldbruck 2010 veröffentlicht. Gegenstand der Untersuchung waren die Hauptrisikofaktoren dieser Haushalte. In der Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung vom 07.07.2011 folgte die Darstellung des Bundeshaushaltes 2011. Nunmehr wird der Bundeshaushalt 2012 behandelt. Auch hier geht es um die weitere Entwicklung der entscheidenden Risikofaktoren, die diesen Haushalt kennzeichnen. Zunächst aber gehe ich auf die Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen des Bundes nach Art. 115 GG ein. Dann behandle ich das Rechnungsergebnis des Bundeshaushaltes 2011, um danach die wesentlichen Eckdaten des Bundeshaushaltes 2012 darzustellen. Einen wichtigen Teil dieser Arbeit nimmt die Finanzplanung des Bundes 2012 bis 2015 ein. Dies deshalb, weil es durchaus interessant ist, welche finanzpolitischen Perspektiven sich der Bund selbst gibt.

1. Art. 115 GG: Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen des Bundes

Eine Darstellung der Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen des Bundes nach Art. 115 GG ist leider nicht mehr exakt möglich. Innerhalb von 12 Monaten hat sich die Entwicklung dramatisch verändert und verschlechtert. Das Ausmaß der Verpflichtungen des Bundes, der Deutschen Bundesbank, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds hat Formen und Dimensionen angenommen, die nicht mehr durchschaubar, aber mit Sicherheit in höchstem Maße riskant sind. Die finanzwirtschaftliche Situation Europas, aber auch die der gesamten Weltwirtschaft (insbesondere der USA und Japans) ist in hohem Maß prekär. Auch wenn man in der veröffentlichten Meinung die Auffassung vertritt, Griechenland sei durch das jüngste Rettungspaket auf einem guten Weg, so muss dem doch widersprochen werden. Das Ausmaß der finanzpolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fehlentwicklungen ist so immens, dass der Fall Griechenland keinesfalls gelöst ist. Das gleiche muss leider auch für Portugal, Spanien, Italien und Irland gelten. Die überragende Anzahl der Staaten, die der EU und der Euro-Zone angehören, verschuldet sich weiter ganz erheblich. Innerhalb relativ kurzer Zeit ist diese Gesamtverschuldung im EU-Raum auf über 10 Billionen Euro gestiegen. Die deutsche Öffentlichkeit erfährt nicht wirklich die ganze Wahrheit über die angespannte Lage. Das ist nicht gut für Bürgerinnen und Bürger, die klug und intelligent genug sind, mit solchen Wahrheiten umzugehen. Noch haben diese Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen den Bundeshaushalt nicht in gefährdender Weise belastet, doch das kann sich schnell ändern.

2. EFSF: Europäischer Finanzstabilisierungsfazilität und ESM: Europäischer Stabilisierungsmechanismus

Der EFSF hat ein Gesamtvolumen von 440 Mrd. Euro; 200 Mrd. Euro sind aus diesem Fond bereits für Griechenland, Irland und Portugal verplant. Es stehen noch 240 Mrd. Euro zur Verfügung, solange bis der ESM nicht voll mit Kapital gefüllt ist. Das Stammkapital des ESM beträgt 700 Mrd. Euro daraus ergibt sich ein Ausleihvolumen von 500 Mrd. Euro. Insgesamt addieren sich die beiden Programme auf 940 Mrd. Euro. Das Risiko für Deutschland steigt weiter an. Für den EFSF bürgt Deutschland mit 211 Mrd. Euro; für den ESM mit 168 Mrd. Euro plus 22 Mrd. Euro Barkapital. Insgesamt betragen die Bürgschaften 401 Mrd. Euro. Ein Großteil der Bürgschaften wird aber fällig, wenn auch Spanien und Italien die Rettungsschirme in Anspruch nehmen, was derzeit zu erwarten ist. Der ESM darf aber nicht nur Kredite an angeschlagene Staaten ausleihen, er kann prekäre Anleihen von Staaten aufkaufen, er darf auch Banken notleidender Staaten mit Kapital versorgen.

3. Rechnungsergebnis des Bundeshaushaltes 2011

Im Haushaltsplan 2011 war eine Netto-Neuverschuldung von 48,4 Mrd. Euro vorgesehen. Die tatsächliche Netto-Neuverschuldung betrug aber 17,3 Mrd. Euro. Die Soll-Ausgaben wurden 2011 mit 305,8 Mrd. Euro veranschlagt, ausgegeben wurden 296,2 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen waren um 18,9 Mrd. Euro höher als die veranschlagte Summe von 229,8 Mrd. Euro (248,7 Mrd.).

Die Steigerung der Einnahmen und die Reduzierung der Ausgaben waren ausschließlich durch konjunkturabhängige Komponenten bestimmt. Die starke Wirtschaftskraft, insbesondere die hohen Exportanteile führten zu erheblichen Steuermehreinnahmen. Minderausgaben ergaben sich aufgrund eines sehr stabilen Arbeitsmarktes und weniger Ausgaben bei den Zinsen und den Gewährleistungen.

Das Jahresergebnis 2011 ist aber entgegen der veröffentlichten Meinung keineswegs erfreulich. Vielmehr zeigt die Entwicklung, dass der Finanzbedarf des Bundes, trotz hervorragender Steuereinnahmen, nur durch die Aufnahme erheblicher weiterer Kreditsummen gedeckt werden konnte. Dies ist ein bedenklicher Vorgang. Das Jahr 2011 gehört zu den Jahren in der Finanzgeschichte des Bundes, in dem eigentlich ein Überschuss und Rücklagen hätten erwirtschaftet werden müssen, um für konjunkturschwächere Jahre Reserven aufzubauen; dennoch erfolgte eine erheblich Nettoneuverschuldung.

Auch im Jahre 2011 war der Bundeshaushalt trotz sehr guter Konjunktur weit unterfinanziert.

4. Der Bundeshaushalt 2012 im Vergleich zum Bundeshaushalt 2011

Einnahmen: 305,8 Mrd. Euro 2011 / 306,2 Mrd. Euro 2012
Ausgaben: 305,8 Mrd. Euro 2011 / 306,2 Mrd. Euro 2012
Steigerung der Einnahmen und Ausgaben von 2011 auf 2012 um 0,1 Prozent
Schulden: 1,282 Billionen Euro zum 31.12.2011
Nettoneuverschuldung: 34,8 Mrd. Euro (incl. Nachtragshaushalt ESM)
Investitionsvolumen: 26,86 Mrd. Euro 2012
Steuereinnahmen: 249,19 Mrd. Euro 2012

5. Einzelpläne des Bundeshaushaltes

Der Bundeshaushalt besteht aus 24 Einzelplänen. Jedes Bundesministerium wird in einem Einzelplan dargestellt. Aber auch der Bundestag, der Bundesrat, das Bundesverfassungsgericht und der Bundesrechnungshof werden in Einzelplänen aufgeführt, dies gilt auch für die Bundesschulden und die Allgemeine Finanzverwaltung.

Die Finanzausstattung dieser Einzelpläne ist sehr unterschiedlich. Nachfolgend werden die 3 größten Einzelpläne dargestellt.

Die größten 3 Einzelpläne in Einnahmen 2011 zu 2012

Einzelplan 60: Allgemeine Finanzverwaltung: 239,9 Mrd. Euro 2011 / 263,0 Mrd. Euro 2012
Einzelplan 32: Bundesschuld 49,7 Mrd. Euro 2011 / 27,5 Mrd. Euro 2012
Einzelplan 11: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 6,3 Mrd. Euro

Die größten 3 Einzelpläne in Ausgaben 2011 zu 2012

Einzelplan 11: Arbeit und Soziales 131,2 Mrd. Euro 2011 / 126,4 Mrd. Euro 2012
Einzelplan 32: Bundesschuld 49,7 Mrd. Euro 2011 / 38,2 Mrd. Euro 2012
Einzelplan 14: Ministerium für Verteidigung 31,5 Mrd. Euro 2011 / 31,8 Mrd. Euro 2012

6. Ausgabenstruktur des Bundeshaushaltes 2011 zu 2012

Sozialausgaben: 49,0 Prozent 2011 / 50,6 Prozent 2012 (155 Mrd. Euro)
Zinsen: 12,0 Prozent 2011 / 12,6 Prozent 2012
Personalausgaben: 9,1 Prozent 2011 / 8,9 Prozent 2012
Schuldenstand Maastricht: 83,2 Prozent BIP 2012
Defizitquote Maastricht: 1,5 Prozent BIP 2012
Konsumtive Ausgaben: 91,3 Prozent (279,4 Mrd. Euro) 2012
Investive Ausgaben: 8,7 Prozent (26,86 Mrd. Euro) 2012

7. Sparsamkeit und Konsolidierung Wirkung der Schuldenbremse

Wie bereits dargestellt, war das Rechnungsergebnis 2011 durch den Konjunkturaufschwung erheblich günstiger als erwartet. Die in den Art. 109 und 115 GG festgelegte Schuldenbremse hat deutliche Wirkung gezeigt. Momentan kann man davon ausgehen, dass sowohl die Bundes-Exekutive als auch die Bundes-Legislative die im Grundgesetz festgelegte Schuldenbremse respektiert. Dies ist keinesfalls selbstverständlich, denn nach Meinung von Verfassungsrechtskommentatoren wurde bisher kein anderer Teil des Grundgesetzes so konsequent und nachhaltig mißachtet, wie derjenige der die Finanzen regelt.

Ein deutlicher Hinweis für die Beachtung der Schuldenbremse ist der geringe Anstieg der Ausgaben von 2011 auf 2012 um nur 1 %. Die Ausgaben für den Einzelplan 11 Soziales und Arbeit wurden erneut erheblich um 4,8 Mrd. Euro gekürzt. Auch der Einzelplan 15 Gesundheit erfuhr eine deutliche Minderung um 1,2 Mrd. Euro. Die überragende Anzahl der 20 Facheinzelpläne des Bundeshaushaltes haben nur eine geringfügige Ausgabesteigerung im Vergleich zu 2011 erfahren.

8. Top-Down Budgetierung des Bundeshaushaltes

Der Haushalt des Bundes wurde 2012 erneut nach dem Top-Down Verfahren erstellt. Der ökonomische Sinn dieses Verfahrens liegt in der primären Orientierung an übergeordneten, politischen Zielsetzungen und einer einvernehmlichen Prioritätensetzung. Dabei spielt natürlich die Schuldenbremse eine bedeutende Rolle. Ausgangspunkt sind nicht mehr die Haushaltsanmeldungen der Ministerien usw., sondern das Bundesfinanzministerium macht Budgetvorschläge für die einzelnen Ressorts. Sowohl die Bundesexekutive wie die Bundeslegislative haben noch kein ausgeprägtes System erarbeitet, wie dabei mit den Effizienzgewinnen – oder Verlusten umzugehen ist. Die Top-Down Budgetierung muss ergänzt werden durch ein systematisches Effizienz- und Effektivitätsmonitoring.

9. Die Schulden des Bundes

Die Schulden des Bundes sind trotz der hervorgerufenen Konjunktur und den damit verbundenen Steuermehreinnahmen und Minderausgaben durch den positiven Arbeitsmarkt weiter angestiegen. Innerhalb weniger Wochen nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes musste aufgrund der zwingend notwendig gewordenen Eurostabilisierung bereits ein Nachtragshaushalt erstellt werden, dabei wurde die Nettoverschuldung von 26,1 Mrd. Euro auf 34,8 Mrd. Euro angehoben. Dieser Vorgang kann sich schlagartig wiederholen und verschärfen, wenn Spanien und Italien den Eurorettungsschirm in Anspruch nehmen müssen.

Die Gesamtschulden des Bundes betragen zum 31.12.2011 1,282 Billionen, davon sind 1,020 Billionen Wertpapierschulden.

10. Der Schuldendienst des Bundeshaushaltes und die Inflationseindämmung der EZB

Aufgrund der hohen und nach wie vor steigenden Verschuldung steigen die Zinsausgaben weiter an. Sie betragen 2012 38,5 Mrd. Euro und werden nach der Finanzplanung in 2015 bereits 49,0 Mrd. Euro betragen. Zuständig für die Beschaffung günstiger Kredite ist die professionell organisierte Finanzagentur des Bundes.

Sowohl die EZB als auch die Bundesbank werden inflationären Tendenzen schon im Ansatz begegnen und gegebenenfalls die Leitzinsen erhöhen. Dies kann für den Bundeshaushalt erhebliche zusätzliche Zinsbelastungen zur Folge haben.

11. Welche Folgen haben zu hohe Schulden

Wie bereits in den vorausgehenden Veröffentlichungen zum Thema Schulden dargestellt, gren-

zen zunehmende Schulden den Handlungsspielraum der Bundesregierung und der Ministerien immer mehr ein. Betrachtet man die bundesdeutsche Schuldenentwicklung so haben sich die Schulden seit 1950 kontinuierlich erhöht. Es gab nur wenige Jahre in denen im Bundeshaushalt keine Nettoneuverschuldung zu verzeichnen war. Seit der Einführung des Euros hat sich dieser Prozess aber nachhaltig verschärft, auch wenn man gewisse Sondereffekte wie Finanz- und Wirtschaftskrise oder die Finanzierung der Wiedervereinigung außer Betracht lässt.

Es ist nicht exakt bestimmbar, ab welcher Höhe ein Staatsdefizit außer Kontrolle gerät. Langjährige Beobachtungen stabiler und instabiler Volkswirtschaften zeigen aber, dass mit zunehmender Verschuldung diese Gefahr zunimmt.

Jede Bundesregierung muss davon ausgehen, dass immer wieder unvorhersehbare Krisen und Notfälle auftreten, deren Lösung und Beherrschung nur durch die Bereitstellung von Finanzmitteln möglich ist. Es ist deshalb zwingend geboten die Verschuldung einzudämmen und den

Unser Autor



Sebastian Niedermeier, geboren 1944, Diplom-Verwaltungswirt (FH); von 1980 bis 1998 war er Erster Bürgermeister in der Gemeinde Eichenau im Landkreis Fürstentfeldbruck. Nach dem freiwilligen Verzicht des äußerst beliebten Rathausschefs auf eine erneute Kandidatur kehrte dieser als Leiter eines Finanzsachgebiets an seine alte Arbeitsstelle im Münchner Rathaus zurück. Im Oktober 2009 ging er in Pension, wirkt aber nach wie vor als Lehrbeauftragter für Kommunalrecht und Haushaltsrecht. □

Handlungsspielraum für die Bundesregierung und die Bundesministerien zu erhalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Kapitalmarkt europaweit extrem angespannt ist. Diese Situation wird durch die ansteigenden Schulden aller EU Länder (Schuldenstand derzeit 10 Billionen Euro) erheblich verschärft. Auch Deutschland hat den Maastricht-Referenzwert von 60 % mit 83 % deutlich überschritten.

Besonders kritisch sind zwei Entwicklungen zu sehen, es werden laufende Ausgaben des Bundeshaushaltes weiterhin mit Krediten finanziert und im Bereich der Bürgschaften werden Schulden mit Schulden getilgt.

Auch die Verschuldung Deutschlands ist insgesamt viel zu hoch.

12. Die Sozialausgaben des Bundes

Die Sozialausgaben des Bundes betragen in 2012 155 Mrd. Euro, das sind 50,6 % des Bundeshaushaltes. Davon entfallen allein für die Rentenversicherung 81,7 Mrd. Euro, für den Arbeitsmarkt 40,3 Mrd. Euro, 14,0 Mrd. Euro gehen an den Gesundheitsfond, für die landwirtschaftliche Sozialpolitik werden 3,6 Mrd. Euro ausgegeben.

13. Personalausgaben

Erfasst sind hier die Bezüge und Beihilfen der aktiven Beamten und Angestellten sowohl der gesamten Zivilverwaltung wie auch der Soldaten und der Versorgungsempfänger.

Die Personalausgaben des Bundes sind seit vielen Jahren rückläufig. Im Haushalt 2012 sind es noch 8,9 % des Gesamthaushaltes. Festzustellen ist ein kontinuierlicher Stellenabbau im Verlauf der letzten 10 Jahre.

14. Mittelfristige Finanzplanung 2012 bis 2015

Der Bundestag nahm die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis zum Jahr 2015 zur Kenntnis, dennoch werden hier wichtige Eckdaten dargestellt. Sie zeigen nicht nur die künftige finanzpolitische Selbsteinschätzung der Regierung, sondern auch die Entwicklung der Ausgabenschwerpunkte.

Einnahmen 2012: 306 Mrd. Euro
Einnahmen 2015: 315 Mrd. Euro
Davon Steuereinnahmen 2012: 249,1 Mrd. Euro;
2015: 275,0 Mrd. Euro.

Das bedeutet, dass man von einer beachtlichen jährlichen Steigerung der Steuereinnahmen ausgeht.

Nettokreditaufnahme: 2012: 34,8 Mrd. Euro;
2015: 14,7 Mrd. Euro.

Man geht also auch in den nächsten Jahren von einer weiteren Zunahme der Gesamtverschuldung des Bundes aus.

Ausgaben 2012: 306,2 Mrd. Euro
Ausgaben 2015: 315,0 Mrd. Euro

Rentenversicherungsleistungen:

2012: 81,7 Mrd. Euro;
2015: 85, 4 Mrd. Euro.
Entsprechend der demographischen Entwicklung werden die Leistungen an die Rentenversicherung erheblich steigen.

Landwirtschaftliche Sozialpolitik:

2012: 3,6 Mrd. Euro;
2015: 3,6 Mrd. Euro.

Arbeitsmarkt:

2012: 40,3 Mrd. Euro;
2015: 34,1 Mrd. Euro.
Man geht von einem weiterem Rückgang der Arbeitslosenzahlen aus.
Die Ausgaben für den Arbeitsmarkt gehen beträchtlich zurück.

Verteidigung:

2012: 31,8 Mrd. Euro;
2015: 30,4 Mrd. Euro.
Angesichts der Tatsache, dass die Wehrpflicht abgeschafft wurde, verringern sich die Militärausgaben nur sehr geringfügig.

Wohnungs- und Städtebau:

2012: 2,1 Mrd. Euro,
2015: 1,3 Mrd. Euro.
Die Förderung des Wohnungs- und Städtebaus wird um 800 Millionen Euro gekürzt.

Wissenschaft und Forschung:

2012: 8,5 Mrd. Euro;
2015: 9,2 Mrd. Euro.
Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen werden erhöht. Die Ausgaben für die Hochschulen bleiben konstant. Das gilt auch für die Förderung der beruflichen Bildung.

Innere Sicherheit:

2012: 4,1 Mrd. Euro;
2015: 3,9 Mrd. Euro.
Die Ausgaben für die Innere Sicherheit nehmen um 200 Millionen Euro ab.

Zinsausgaben:

2012: 38,4 Mrd. Euro;
2015: 49,0 Mrd. Euro.
Die Zinsausgaben betragen 2010 33,1 Mrd. € und steigen bis 2015 um ca. 16 Mrd. Euro. Das ist eine enorme dauerhafte Belastung.

Kulturelle Angelegenheiten:

2012: 1,7 Mrd. Euro;
2015: 1,6 Mrd. Euro.
Die Ausgaben für die kulturellen Angelegenheiten nehmen um 100 Millionen Euro ab.

Maximale zulässige Nettokreditaufnahme:

2012: 37,8 Mrd. Euro,
2013: 34,8 Mrd. Euro;
2014: 31,6 Mrd. Euro;
2015: 23,4 Mrd. Euro.

Geplante Nettokreditaufnahme:

2012: 27,2 Mrd. Euro (ist bereits überschritten),
2013: 24,9 Mrd. Euro,
2014: 18,7 Mrd. Euro,
2015: 14,7 Mrd. Euro.

15. Welche Lasten dürfen eine Bundesregierung und ein Bundestag in ihrer Amtsperiode der nachfolgenden Bundesregierung und dem nachfolgenden Bundestag auferlegen und weitergeben?

Verfassungsrechtler, die sich insbesondere mit den Art. 109 und 115 GG befassen stellen sich zu Recht diese Frage. Die Auffassung, wonach die jeweils amtierende Bundesregierung und der jeweilige Bundestag an die nachfolgende Bundesregierung und dem nachfolgenden Bundestag überhaupt keine Belastungen weitergeben darf, ist nicht realistisch. Unzulässig ist es aber auch, wenn der nachfolgenden Bundesregierung oder dem nachfolgenden Bundestag Lasten übergeben werden, die dessen Handlungsfähigkeit nachhaltig eingrenzen und beschränken.

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands haben die jeweiligen Regierungen und Bundestage ihren Nachfolgern immer höhere Folgekosten, zunächst insbesondere von immer höheren Schulden, hinterlassen. Die kritische Situation, mit der wir es heute zu tun haben, hat sich langsam aber systematisch aufgebaut. Die vertretbaren Grenzen der Nachfolgekostenbelastung sind deutlich überschritten. Die derzeitige Bundesregierung und der derzeitige Bundestag werden außerordentlich schwerwiegende Folgekosten nicht nur in Form von extrem hohen Schulden, sondern insbesondere auch in Form von hohen Bürgschaften, an ihre Nachfolger übergeben und deren Handlungsfähigkeit voraussichtlich deutlich eingrenzen, wenn nicht sogar gefährden. Aus grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Sicht ist dieses Verhalten sehr bedenklich.

16. Abschließende Bemerkungen zur Finanzsituation und Entwicklung des Bundeshaushaltes – Risikofaktoren

Grundsätzlich sind widersprüchliche Tendenzen auffällig.

Das Wirtschaftswunderland Deutschland mit weiterhin prognostiziertem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, sinkender Arbeitslosenzahlen, geringen Inflationsraten und einem sinkendem staatlichen Defizit kann trotzdem die Nettoneuverschuldung nicht stoppen.

Die Mehreinnahmen des Bundes sind im Finanzplanungszeitraum beachtlich, werden aber durch die steigenden Sozialausgaben (Renten) und Mehrausgaben für Zinsen aufgrund der hohen und weiterhin zunehmenden Verschuldung wieder aufgebraucht. Laufende Ausgaben des Bundeshaushaltes müssen weiterhin mit Krediten finanziert werden.

Zu hohes Haftungspotenzial

Das Haftungspotenzial für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen ist drastisch gestiegen.

Die hierfür zu leistenden Inanspruchnahmen können wiederum nur mit zusätzlichen Krediten finanziert werden. Das System Schulden mit Schulden zu tilgen verstärkt sich immer mehr und ist höchst bedenklich.

Trotz zahlreicher positiver Wirtschafts- und Konjunkturdaten und trotz der Schuldenbremse ist der Bundeshaushalt erheblich unterfinanziert. Die Risiken des Bundeshaushaltes 2012 haben sich keinesfalls verringert, sondern sind insbesondere im Bereich der Bürgschaften deutlich angestiegen.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegen die Dokumentationen zur Finanzierung der bayerischen Energiewende und zur Unternehmerkonferenz 2012 der Bayerischen Sparkassen sowie unserer kommunalen Fachveranstaltung „Power für Bayerns Kommunen“ als Eigenbeilagen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer:

Apps für Bayern

Perspektiven für eine bessere Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern auf allen Kanälen

Start des Vodafone-Wettbewerbs „Apps für Bayern“: „Der Megatrend zum vernetzten Arbeiten in allen Lebensbereichen sowie die rasante Verbreitung mobiler Endgeräte erfordern auch ein verstärktes Engagement im Bereich eGovernment und Verwaltungsmodernisierung“, stellte der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, vor Experten aus Verwaltung und der IKT-Branche in der Münchner Residenz fest.

„Dem Einfallsreichtum für zukunftsweisende Entwicklungstrends und greifbare Mehrwerte sollen keine Grenzen gesetzt sein“, sagte Pschierer zum Start des eGovernment-Wettbewerbs „Apps für Bayern“.

Querschnittsthemen und Handlungsfelder für alle Lebenslagen

In seinem Grußwort zur Eröffnung des Wettbewerbs hob Pschierer vor allem die Bedeutung von IKT-Netzinfrastrukturen für eine moderne und kundenorientierte Verwaltung hervor: „In unserer Studie ‚Zukunftspfade Digitales Bayern 2020‘ haben wir Querschnittsthemen und Handlungsfelder ermittelt, um den Bürger in typischen Lebenslagen im Alltag auf digitalem Wege noch effektiver zu unterstützen. Grundvoraussetzung hierfür sind sowohl leistungsfähige und sichere Verwaltungskommunikationsnetze (BayKom) als auch eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitband-Internetzügen für Bürger und Wirtschaft!“

Den Rahmen für den Start des Wettbewerbs bildete das sog. „Kommunikationsforum Süd“, welches in diesem Jahr unter dem Titel „BayKom heute und morgen“ stand. Das Forum richtet sich an alle staatlichen, kommunalen und non-profit Organisationen im Freistaat Bayern. Veranstalter ist die Vodafone D2 GmbH. Schirmherr für die Veranstaltung war der IT-Beauftragte der Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Pschierer.

Vorschau auf GZ 15/16
In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 2. August 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser · Abwasser
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Kommunale Museen

L I E F E R A N T E N - **GZ** - N A C H W E I S

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder

PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER DRUCK GmbH

Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARA.DE
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL **BENZ** SPORT

Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Urkunden, Diplome, Zertifikate

Urkunden Atelier.eu
Wertschätzung & Anerkennung

Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DALW
DEUTSCHE ANLAGEN WARTUNG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühle str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **schlichte stadt**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!